

# Die drei Damen vom Braukessel

## Detmolder Privatbrauerei Strate ist fest in weiblicher Hand

**Bier ist Männersache? Von wegen! Dass es auch anders geht, sieht man in Detmold: Die Privatbrauerei Strate wird seit 1995 erfolgreich von drei Frauen geführt. Wir haben mit Friederike und Simone Strate über Frauen an der Spitze und aktuelle Herausforderungen im Brauwesen gesprochen.**

Von Bastian Klenke

**OSNABRÜCK.** In Detmold war es Renate Strate, inzwischen 83 Jahre alt, die in der gleichnamigen und seit vier Generationen von Männern geführten Privatbrauerei 1979 eine zukunftssträchtige Entscheidung durchdrückte. Gegen den Willen ihres Ehemannes und Brauerei-Patriarchen Friedrich Strate setzte sie, verantwortlich für Marketing und Verkauf, durch, dass Detmolder Pils wieder in Bügelverschluss-Flaschen abgefüllt wird. Sie erkannte, dass die Brauerei sich auch optisch absetzen muss. Friedrich Strate sah vor allem die höheren Kosten. Dass Renate Strate gut daran tat, sich durchzusetzen, zeigen die Zahlen. Der Ausstoß hat sich vervielfachelt und liegt heute bei 158 000 Hektolitern pro Jahr. Der große Umbruch folgte 1995: Nach dem Tod ihres Mannes Friedrich übernahm Renate Strate die Geschicke der Brauerei. Gemeinsam mit ihren Töchtern Friederike (54), Braumeisterin, und Simone (49), kaufmännische Leitung, wurde die Privatbrauerei von nun an von drei Frauen geleitet.

Dass die Bierindustrie, zu der Zeit männlich-chauvinistisch dominiert wurde, erleben sie kurze Zeit später. Renate und Simone Strate wollten auf einer Messe eine neue Ma-



Seit 1995 führen Simone, Renate und Friederike Strate (von links) die Privatbrauerei Strate in Detmold.

Foto: Ralf Meier

### Bier brauen

Sicherlich weißt Du schon, was Bier ist. Aber weißt Du, wie Bier hergestellt wird? Das Brauen von Bier ist ein uraltes Handwerk und hat eine lange Tradition. Für Bier wird Getreide zerkleinert und in heißem Wasser eingeweicht. Das löst Eiweiß und Stärke aus dem Getreide, die den Zucker bilden. Dieser süße Saft wird

später zusammen mit Hopfen gekocht, der verantwortlich ist für den herben und bitteren Geschmack und die Haltbarkeit des Bieres. Anschließend wird die Hefe zugegeben. Diese wandelt den Zucker in Kohlenensäure und Alkohol um. Danach muss das Bier über Wochen oder Monate reifen, bis es fertig ist.

In Deutschland gibt fast 1500 Brauereien, die jährlich über 10 Milliarden Liter Bier in riesigen Kesseln und Anlagen brauen. Hierzulande wird am liebsten Pils oder Weizenbier getrunken. Weltweit gibt es über 150 verschiedene Stile. Seit über 500 Jahren müssen sich die Brauer in Deutschland an das so-



nannte **Reinheitsgebot** halten, das vorgibt, womit man ein Bier brauen darf. Danach darf in deutsches Bier nur Wasser, Malz, Hopfen und Hefe. *bkle*

schine für die Fassabfüllung einkaufen. Renate Strate, die ihren Mann annähernd 20 Jahre zu diesen Messen begleitet hatte, wurde weder erachtet noch ernst genommen. „Wo bleibt denn Ihr Mann oder der Braumeister?“, hieß es. „Wir wurden sogar ge-

beten, doch eben Kaffee für alle zu holen“, erinnert Simone Strate an den Messe-Besuch. In der Region sei der Umbruch als gar nicht so dramatisch gesehen worden, wie sehr alle drei für den Familienbetrieb brannten, erzählt die Familie. So absolvierte Tochter

Friederike im Alter von 15 ihre Brauerlehre im heimischen Betrieb und wurde mit 19 Deutschlands jüngste Braumeisterin. „Aber tatsächlich hat sogar ein Mitarbeiter gekündigt, als klar war, dass drei Frauen die Brauerei übernehmen“, sagt Simone Strate, die

aus heutiger Sicht darüber lachen kann. Der ehemalige Mitarbeiter befürchtete einen „Zickenkrieg“ mit drei Frauen an der Spitze. Eine erste große Entscheidung der drei Frauen war das Einführen eines zweiten Bierstiles. Seit 1996 wird das Det-

molde Landbier gebraut und vertrieben. Vater Friedrich wollte keine Experimente und glaubte nicht an den Erfolg anderer Stile. Heute sind neben dem Pils das Landbier, das Herb und Tunselda die stärksten Sorten. Das Tunselda, ein besonderes Pils, wurde von den Mitgliedern des „Pro-Bier-Clubs“ zum Bier des Jahres 2013 gewählt. Einen weiteren Paukenschlag ließen die Strates 2015 folgen. Die Bier-Spezialität „Chardonnay-Hopfen“ bekam 2015 den „World Beer Award“ verliehen. Die beiden Auszeichnungen brachten der Brauerei deutschlandweite und internationale Anerkennung.

Statt sich mit den Industrie- und Fernsehern zu vergleichen, deren Preisverfall schon fast dramatisch anmutet, so Simone Strate, versuche die Brauerei heute in eine andere Richtung zu gehen. Mit Matthias Kliemt wurde ein Drei-Sterne-Biersommelier ins Team geholt. Kliemt hat zusammen mit der Familie Strate die Biererlebniswelt „Stratosphäre“ entwickelt. „Das Bewusstsein in der Gesellschaft für gutes Essen und Trinken wächst“, sagt Simone Strate. Zusätzlich entstand in der Brauerei ein eigener Craft-Bier-Keller. In 40-Hektoliter-Kesseln sollen besondere Biere entstehen.

Woran man heute sieht, dass Frauen die Brauerei führen? „Bei den Führungen durch die Brauerei wird uns immer wieder gesagt: an der Detailverliebtheit“, erzählt Friederike Strate mit einem Augenzwinkern. „Die Besucher sagen immer wieder, dass ein Mann wohl nicht darauf achten würde, dass auch zum Beispiel die Gartenfläche so akkurat gepflegt wird.“

Unternehmensvorstellungen lesen Sie auf [noz.de/wirtschaft](http://noz.de/wirtschaft)

### KOMPAKT

#### VW ruft Polo- und Seat-Modelle zurück

dpa **WOLFSBURG.** Volkswagen ruft 219 000 Polo-Exemplare des aktuellen Modelljahres wegen Problemen mit Gurtschloss-Halterungen der Rückbank zurück. Dies betreffe auch 191 000 Seat-Modelle der Baureihen Ibiza und Aroha, deren Gurtschlösser ähnlich konfiguriert seien, sagte ein VW-Sprecher. Bei den Fahrzeugen könne es bei schnellen Spurwechseln mit fünf Menschen an Bord dazu kommen, dass zwei Gurtschlösser der Rücksitzbank übereinander gedrückt werden und das Schloss des äußeren linken Sitzes aufspringt.

#### VW-Streit: Teilerfolg für Zulieferer

dpa **LEIPZIG.** Im juristischen Streit zwischen der Prevent-Tochter ES Automobilguss Schönheide und VW hat der Autozulieferer einen Teilerfolg erzielen können. Das Landgericht Leipzig verpflichtete VW, 30 Prozent des früheren Umfangs der von ES Guss gefertigten Bauteile abzunehmen. Hintergrund des Streits sind von VW gekündigte Verträge aus 2016. Diese waren laut Volkswagen durch Erpressung zustande gekommen. Prevent hatte mit einem Lieferboykott Fließbänder zum Stillstand gebracht.

#### Verdi fordert Real zu Verhandlungen auf

dpa **DÜSSELDORF.** Verdi hat die Supermarktkette Real aufgefordert, neue Verhandlungen mit der Gewerkschaft über einen Tarifvertrag für die 34 000 Real-Beschäftigten aufzunehmen. „Wer es mit den Beschäftigten ernst meint, kann auch einen rechtsgültigen Tarifvertrag für sie abschließen“, sagte Bundesvorstandsmitglied Stefanie Nutzenberger. So könnten nach der „Tarifflucht“ des Handelskonzerns noch juristische Auseinandersetzungen und Arbeitskämpfe verhindert werden.

#### Bitcoin: Kryptobörse durchsucht

dpa **FRANKFURT.** Der Bitcoin und andere Digitalwährungen sind erheblich unter Druck geraten. An der Börse wurden mehrere Gründe dafür genannt, darunter Meldungen über Durchsuchungen in einer Kryptobörse in Südkorea. Seit Donnerstagmittag hat der Bitcoin etwa neun Prozent auf rund 8500 US-Dollar verloren. Auch andere Digitalwährungen wie Ether oder Ripple standen unter Druck. Die Verluste wurden mit Nachrichten begründet, wonach Upbit, die größte Kryptobörse Südkoreas, von Ermittlern durchsucht worden sei.

#### Bundesnetzagentur prüft Paketmarkt

dpa **BONN.** Der boomende Onlinehandel und seine Auswirkungen auf den Paket- und Postmarkt beschäftigen nun auch die Bundesnetzagentur. Mit einer Umfrage unter 17 000 Kurier-, Express- und Paketdienstleistern will die Behörde einen tieferen Einblick in den Markt erhalten, wie sie mitteilte. Die Bundesnetzagentur will nach eigenen Angaben vor allem verschiedene Märkte wie Post- und Expressdienste genauer definieren, um mögliche Marktstörungen oder Preismissbrauch frühzeitig zu erkennen.

## Unterstützung für Plastiksteuer gefordert

### Habeck kritisiert Schulze – „Umweltministerin schlecht informiert“

dpa **BERLIN.** Der Grünen-Vorsitzende Robert Habeck fordert von der Bundesumweltministerin Unterstützung für die Plastiksteuer. „Es geht mir auf den Keks, dass alle immer rumlaminiert, dass Plastik das Mega-Problem des Jahrhunderts ist, sich aber in die Büsche schlagen, sobald es konkret wird“, sagte er dem Redaktionsnetzwerk Deutschland. Der Grünen-Europapolitiker Sven Giegold betonte, Steuern hätten in anderen EU-Ländern Plastiktüten zurückgedrängt.

Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD) hatte den Vorschlag einer Steuer auf Plastik kritisiert: Die Umwelt brauche keine neue Steuer, „sondern eine intelligenteren Steuer, die zu weniger Abfall und mehr Recycling führt.“ Diese Absage der Ministerin an die Steuer kritisierten Habeck und Giegold scharf. „Die Umweltministerin ist schlecht informiert“, sagte Giegold. „Schulze sollte sich die Erfolgsgeschichten der Plastikabgaben aus Irland oder Dänemark anschauen.“ Habeck sprach sich gegen Steuervorteile für den Einsatz von Plastik in der Industrie aus. Erdöl, das für die Produktion von Kunststoffen verwendet werde, dürfe gegen-

über Öl für Kraftstoffe nicht steuerlich bevorzugt werden. Zudem wandte er sich an die Plastik-Hersteller, die besser recycelbare, sortenreine Kunststoffe produzieren müssten. Eine Steuer auf Plas-

tik hatte EU-Haushaltskommissar Günther Oettinger ins Gespräch gebracht. Auch Habeck hatte schon zuvor dafür plädiert, Wegwerfprodukte aus Kunststoff über eine Steuer teurer zu machen.



Grünen-Chef Robert Habeck ist für Plastikabgaben. Foto: dpa

über Öl für Kraftstoffe nicht steuerlich bevorzugt werden. Zudem wandte er sich an die Plastik-Hersteller, die besser recycelbare, sortenreine Kunststoffe produzieren müssten. Eine Steuer auf Plas-

tik hatte EU-Haushaltskommissar Günther Oettinger ins Gespräch gebracht. Auch Habeck hatte schon zuvor dafür plädiert, Wegwerfprodukte aus Kunststoff über eine Steuer teurer zu machen.

## Neuer Anlauf für Einigung in Bau-Tarifschlichtung

dpa **BERLIN.** In einer zweiten Schlichtungsrunde haben die Tarifpartner der Bauwirtschaft nach einem Tarifkompromiss gesucht. Es geht um die Tariflöhne von rund 800 000 Bauarbeitern. Der unabhängige Schlichter, Ex-Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement, sagte: „Es ist keineswegs sicher, dass es zu einer Lösung kommt.“ Die Industriegewerkschaft Bau-Agrar-Umwelt (IG BAU) verlangt unter anderem 6 Prozent mehr Lohn bei 12 Monaten Vertragslaufzeit. Die Arbeitgeber hatten eine Lohnerhöhung um 4,2 Prozent angeboten sowie eine Einmalzahlung von 400 Euro

bei einer Laufzeit von 22 Monaten.

Dieser Vorschlag sei „in mehreren Punkten völlig unzureichend“, sagte der IG-BAU-Vorsitzende und Schlichtungsführer Robert Feiger. Er bedeute auf 12 Monate gerechnet lediglich ein dauerhaftes Lohnplus von 2,3 Prozent. Das spiegele nicht die Hochkonjunktur der Branche wider. Der Verhandlungsführer der Arbeitgeber, Uwe Nostitz, sagte, mit dem neuen Angebot sei man nun „ziemlich an der Grenze“.

Für die Schlichtung bleibt nach den vereinbarten Regeln Zeit bis zum 21. Mai.

## Kündigungen ausgeschlossen

### Innogy-Übernahme durch Eon – Einigung über Arbeitsplätze

dpa **ESSEN.** Bei der geplanten Übernahme der RWE-Tochter Innogy durch den Konkurrenten Eon sind mögliche Entlassungen von Mitarbeitern so gut wie vom Tisch. Die Unternehmensführungen von Innogy, Eon und RWE hätten sich mit Gewerkschaften und Betriebsräten darauf verständigt, bestehende Tarifverträge zu sozialverträglichen Absicherungen von Personalmaßnahmen weiter anzuwenden, teilten die Gewerkschaften Verdi und IG BCE mit.

„Auf dieser Basis schließen die unterzeichnenden Unternehmen betriebsbedingte Beendigungskündigungen praktisch aus“, heißt in der Vereinbarung. Eon will nach der Zerschlagung von Innogy



Eon-Chef Johannes Teyssen Foto: dpa

bis zu 5000 Stellen streichen. Die Pläne mit RWE sehen vor, dass Eon die Energienetze und das Kundengeschäft von Innogy übernimmt und RWE die Ökostromproduktion seiner Tochter erhält. Der Großteil der mehr als 40 000 Innogy-Beschäftigten soll dabei von Eon wechseln.

Verdi-Chef Frank Bsirske nannte die Einigung einen „Meilenstein für die soziale

Absicherung der Beschäftigten in allen beteiligten Unternehmen“. Auch die Vorsitzenden der Gesamtbetriebsräte äußerten sich zufrieden. Eon-Chef Johannes Teyssen versicherte den Innogy-Mitarbeitern, sie würden nicht schlechter behandelt als Eon-Beschäftigte. Vorstand und Aufsichtsrat von Innogy hatten erklärt, ihren Aktionären keine Empfehlung zur Annahme des Angebots von Eon zu geben. Die Gegenleistungen halte man zwar für angemessen. „Eine abschließende Beurteilung der relativen Höhe des Angebots ist aber aufgrund von nicht-öffentlichen Vereinbarungen zwischen Eon und RWE nicht möglich“, hieß es in einer Mitteilung.

„Eine abschließende Beurteilung der relativen Höhe des Angebots ist aber aufgrund von nicht-öffentlichen Vereinbarungen zwischen Eon und RWE nicht möglich“, hieß es in einer Mitteilung.

Von Dirk Fisser

**OSNABRÜCK.** Die Grünen kritisieren die Aufklärung von Facebook im Datenskandal als völlig unzureichend. Sechs Bundestagsabgeordnete der Partei haben daher 59 weitere Fragen an Konzernchef Mark Zuckerberg geschickt.

Sie reagieren damit auf schriftliche Antworten des US-Unternehmens auf Fragen der Parlamentarier, die jetzt bei den Parteien eingegangen sind. Tabea Rößner, netzpolitische Sprecherin der Grünen, sprach von einer „typischen Salami-Taktik“, mit der die Parlamentarier offenbar abgespeist werden sollen. Zentrale Fragen seien weder in der Ausschus-

sion im April von einem hochrangigen Facebook-Manager noch jetzt schriftlich im Nachgang beantwortet worden. Rößner: „Wir dürfen Facebook mit dieser Hinhaltetaktik nicht durchkommen lassen.“

In dem Fragenkatalog wollen die Grünen-Abgeordneten unter anderem wissen, wann Facebook die vom Datenmissbrauch betroffenen Nutzer informiert hat und wie sich das Unternehmen zu Desinformationskampagnen in Wahlkämpfen über seine Plattform positioniert. Auch fragen die Parlamentarier, wie viele „Dark Ads“ im Bundestagswahlkampf in Deutschland ausgespielt worden sind. Dabei handelt es sich um Anzeigen auf Facebook, die bei-

spielsweise Parteien nur einer bestimmten Personengruppe zeigen können.

Bei dem Skandal wurden Daten von bis zu 87 Millionen Facebook-Nutzern von einem App-Entwickler an die Analyse-Firma Cambridge Analytica weitergegeben. Es handelte sich sowohl um Daten von Umfrage-Teilnehmern als auch von ihren Facebook-Freunden. Diesen Zugriff auf Informationen der Freunde von Nutzern hatte Facebook für App-Entwickler bereits 2014 abge-schafft. Aus Deutschland hatten sich 65 Nutzer an der Umfrage beteiligt. Bei Cambridge Analytica könnten laut Facebook aber Infos von knapp 310 000 Nutzern gelandet sein.

## 59 Fragen an Zuckerberg

### Facebook-Datenskandal: Grüne mit Aufklärung unzufrieden